

Die Fragen stellte Katherine Lindemann, Politikstudentin aus dem US-Bundesstaat Maine, z. Zt. an der Humboldt-Universität Berlin.

Katherine Lindemann:

Frau Bundeskanzlerin, im Vorfeld des G7-Gipfels reisen Sie kommende Woche nach Kanada und in die USA. Eines der zur Zeit meistdiskutierten Themen der transatlantischen Partnerschaft sind die Verhandlungen über das TTIP-Abkommen, das in Deutschland sehr umstritten ist. Sie haben wiederholt bekräftigt, das Abkommen führe nicht zu sinkenden europäischen Standards. Ist es möglich, ein TTIP zu verhandeln, das Kritikern ihre Ängste nimmt, etwa vor den umstrittenen Investorenschutzklauseln?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, ich fahre nach Washington und dann nach Kanada und freue mich, meine G7-Partner zu besuchen, insbesondere den Präsidenten Obama und den Ministerpräsidenten Stephen Harper. Wir werden natürlich über alle Themen der internationalen Politik sprechen, vor allem auch über die Agenda der deutschen G7-Präsidentschaft; wir haben sehr viele entwicklungspolitische Ziele. Aber natürlich wird es auch um die anstehenden bilateralen Themen gehen. Und da steht das Freihandelsabkommen TTIP ganz oben auf der Agenda. Ich persönlich glaube, dass die Vorteile sehr viel größer sind als die möglichen Risiken. Aber wir müssen natürlich transparent mit den Menschen darüber sprechen, dass eben die Ängste, die es teilweise gibt, nicht berechtigt sind. Wo liegen die? Sie liegen – wie Sie es schon gesagt haben – darin, dass vielleicht Produktstandards für Verbraucherschutz, für Umweltschutz abgesenkt werden könnten. Und da ist die erste Botschaft: Das, was an Standards von der Europäischen Union vereinbart ist und untereinander vereinbart ist, das wird nicht abgesenkt. Das ist die Voraussetzung für das Verhandlungsmandat. Es gibt dann große Diskussionen über die sogenannten Schiedsgerichte. Hier müssen wir darüber reden, wie wir transparente, vernünftige Lösungen finden, die nicht dazu führen, dass nationale Gerichte ausgehebelt werden. Und insofern liegt noch viel Arbeit vor uns. Aber ich glaube, auch angesichts der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten von Amerika mit dem pazifischen Raum sehr intensiv verhandeln, müssen wir Europäer sehr deutlich machen: Es ist in unserem Interesse, für unsere Arbeitsplätze wichtig, dass wir dieses Abkommen auch abschließen.

Für das Jahr 2015-2016 hat das US-Außenministerium die Förderung für das bilaterale Jugend-Austauschprogramm PPP um 50 Prozent gekürzt. Ist das für Sie ein Zeichen, dass deutsch-amerikanische Beziehungen aus amerikanischer Sicht an Wichtigkeit verloren haben?

Wir waren nicht erfreut, um das ehrlich zu sagen, weil wir dieses Partnerschaftsprogramm sehr schätzen. Und ich glaube, alle, die als junge Menschen daran teilgenommen haben, haben auch unwiederbringliche Erfahrungen gemacht. Gerade jetzt, 25 Jahre nach der Deutschen Einheit, wollen wir dieses Programm fortsetzen. Und deshalb hat der Deutsche Bundestag gesagt: Wir stehen dafür ein. Wir hoffen, dass es nicht dieses Zeichen ist, dass das nicht mehr als zu wichtig angesehen wird. Zumindest werde ich auch meine Möglichkeiten nutzen, wenn ich mit Abgeordneten und Senatoren sprechen kann, darauf hinzuweisen, dass dieses Partnerschaftsabkommen für uns eine ganz besondere Bedeutung hat. Und gerade angesichts der Tatsache, dass es nicht mehr so

viele Soldaten wie früher gibt, die Erfahrungen in Deutschland sammeln, ist es doch wichtig, dass junge Leute sich möglichst viel kennenlernen.

„Rassistische Polizeigewalt“, insbesondere der Tod des unbewaffneten Teenagers Michael Brown in Missouri und der von Eric Garner in New York, beschäftigt die US-amerikanische Gesellschaft zur Zeit sehr. Wie beurteilen Sie diese Vorkommnisse? Müsste die US-Regierung ihres Erachtens mehr unternehmen, um Bürger vor Polizeigewalt zu schützen?

Ich glaube, dass es nicht gut ist, wenn ich – sozusagen aus der Ferne – Ratschläge gebe. Ich habe den Eindruck, dass die Verantwortlichen in den Vereinigten Staaten von Amerika diese Vorfälle sehr, sehr ernst nehmen und alles daran setzen, auch das zu überwinden. Wir wissen aus Deutschland – und jeder sollte sich da erst einmal um sein eigenes Land kümmern –, dass Fremdenfeindlichkeit, dass Rassismus, dass Antisemitismus leider auch bei uns vorhanden sind und dass wir mit aller Kraft dagegen vorgehen müssen; sei es durch präventive Jugendprogramme – wir haben die Mittel dafür erhöht –, sei es durch sehr harte, auch polizeiliche Maßnahmen. Wir müssen in Deutschland dafür hart arbeiten; glücklicherweise gibt es hier einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber. Und das wird noch eine Aufgabe für viele Jahre bleiben.

Über die PEGIDA-Demonstrationen in Dresden wurde auch in den USA berichtet. Glauben Sie, dass durch diese Bewegung eine Gefahr für den internationalen Ruf Deutschlands entsteht?

Das hoffe ich nicht. Ich glaube, es ist sehr deutlich geworden, dass wir sehr, sehr viele Menschen haben – und auch die politischen Kräfte sehr deutlich gemacht haben –, dass Rassismus, dass Fremdenfeindlichkeit, keinen Platz in Deutschland haben sollen. Wir haben Demonstrationsfreiheit, insofern ist das Teil dessen, was in einem freiheitlichen Land passiert. Aber es gibt sehr, sehr große Gegenbewegungen, auch eine breite gesellschaftliche Diskussion. Und deshalb glaube ich, dass das Bild Deutschlands doch von großer Vielfalt und auch von vielen positiven Eindrücken geprägt ist. Ich hoffe es jedenfalls.